

Von München über den NSU bis Hanau

Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent und Jonas Zipf

Dieses Buch erscheint im Oktober 2021 – im 41. Jahr nach dem Münchner Oktoberfestattentat mit 13 Todesopfern; im Jahr 20, nachdem der NSU Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü und Habil Kılıç ermordete; 10 Jahre nach den Anschlägen in Oslo und auf der Insel Utøya, bei denen 77 Menschen von einem »neurechten« Terroristen ermordet wurden und 10 Jahre, nachdem die Verantwortung des NSU-Komplexes für 10 Morde und noch mehr Anschläge in Deutschland öffentlich bekannt wurde. Es ist fünf Jahre her, seit bei einem rassistischen Anschlag in München neun Menschen aus Einwanderer- und Sintifamilien durch die Schüsse eines rassistischen Attentäters starben. 2019 Jahren starben in Kassel und Halle drei Menschen durch die Gewalt rechter Terroristen. 2020 ermordete ein Mann in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven. Unter keinen dieser Komplexe kann ein Schlusstrich gezogen werden: Die Netzwerke, Ideologien und Mechanismen des rechten Terrors wirken fort. Von *München über den NSU bis Hanau* ziehen sich die Kontinuitätslinien des weißen, rechten, meist, aber nicht ausschließlich männlichen Terrors, die weder räumlich noch zeitlich auf diese Fälle begrenzt sind: Rechten Terrorismus gab es bereits vor 1933. Und auch nach dem Terrorregime der Nationalsozialist*innen zwischen 1945 und 1980 führten Personen und Gruppen rechtsterroristische Anschläge und Angriffe aus – vor allem gegen gesellschaftlich marginalisierte und mehrfach diskriminierte Menschen. Längst ist nicht alles aufgeklärt oder gar aufgearbeitet. Rechtsterrorismus ist nicht beschränkt auf einzelne Staaten, Städte oder Landesteile: Schon in den 1980er-Jahren war etwa die »Wehrsportgruppe Hoffmann« international vernetzt, heute erleichtern soziale Medien die Formierung einer internationalen Terrorfront, die keiner zentralen Steuerung bedarf.

Wortwörtlich *unzählige*, weil ungezählte rassistische und rechtsterroristische Anschläge fehlen in der Auflistung von Orten und Taten. Eine wissen-

schaftlich zufriedenstellende historische Daten- und Fallsammlung existiert nicht: Politische Deutungsmacht macht Rassismus vergessen.

Zu den Fällen, die an das Licht der Öffentlichkeit kamen, gehören die Schüsse in Wächtersbach: 2019 wurde in der hessischen Stadt der 26-jährige Eritreer Bilal M. von drei Schüssen aus der Pistole eines Rechtsextremisten verletzt. Kurz nachdem Bilal M. das Krankenhaus verlassen konnte, zog er mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter weg – nach Hanau, um eine Bäckerlehre anzutreten. Als dort im Februar 2020 neun Menschen durch einen rassistischen Attentäter getötet werden, verstärken sich die Ängste, unter denen er seit seinen Verletzungen in Wächtersbach leidet, erneut (vgl. Schneider 2020). Wie ihm geht es vielen Menschen, die Tag für Tag Rassismus erleben müssen. Sie werden systematisch benachteiligt und ausgeschlossen, in Angst versetzt, begleitet von der Drohmacht rechter Gewalt und durch die historisch erwachsenen und aktuellen gesellschaftlichen Wirkungsmechanismen rassistischer Unterdrückung. Im Jahr 2020, so teilte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit, nahm die Zahl der Kontaktaufnahmen aufgrund rassistischer Vorfälle um 79 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2021). Diskriminierung in und durch Institutionen oder durch Privatpersonen bis hin zu Mord- und Gewaltdrohungen im eigenen Wohnumfeld, im öffentlichen Raum oder im Internet sind Teil des rassistischen Machtkontinuums. Rassistische Hasskommentare sind Formen der verbalen Drohmacht, die ebenso dem Zweck der weißen Vorherrschaft dienen wie der rassistische Terror und mit ihm in einem unterdrückenden Wirkungszusammenhang stehen. Äußerungen prominenter Personen, wie beispielsweise des grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer, die massenhaft verkauften Thesen des ehemaligen SPD-Politikers Thilo Sarrazin oder der mediale Kreuzzug der Linkspartei-Politikerin Sarah Wagenknecht gegen »Identitätspolitik« indizieren, dass Rassismus und die Abwehr von Rassismuskritik nicht allein vom rechten Rand vertreten werden.

Antirassistische Kämpfe und die Verteilung symbolischer und materieller Ressourcen

Erfahrungen früherer Viktimisierungen können im individuellen und im kollektiven Gedächtnis aktualisiert werden – mit traumatisierenden Folgen, die die soziale Marginalisierung und Prekarisierung weiter fördern, statt ihnen entgegenzuwirken. Bei der Verarbeitung derartiger Gewalterfahrungen ist es

für die Geschädigten wichtig, dass die Taten auf eine Ursache zurückzuführen sind und Schuld und Verantwortung deutlich benannt werden. Auch darum ist die Anerkennung rassistischer Motive und Strukturen unerlässlich. In der Realität aber wird die behördliche, institutionelle, rechtliche und öffentliche Benennung von Rassismus und die kollektive und individuelle Verantwortungsübernahme bei rassistisch motivierten Anschlägen und Tötungen wie auch rassistischer Diskriminierung noch immer unzureichend bis abwehrend (de)thematisiert, obgleich seit Jahrzehnten entsprechende Forderungen von Überlebenden und Angehörigen rassistischer Gewalttaten und Vertreter*innen der antirassistischen Bewegung immer wieder klar und deutlich formuliert werden. Im Zentrum antirassistischer Kämpfe stehen daher Aktivist*innen, die von Rassismus betroffen sind. Sie sind es, die sowohl in Deutschland als auch global antirassistische Bewegungen initiieren und tragen, ihre Erfahrungen – auch als intergenerationelles Wissensarchiv – vermitteln und eine antirassistische Haltung entwickeln müssen, um ein würdevolles Leben zu leben. Es ist ihre Haltung, die situierte Wissensbestände und Kämpfe um Teilhabe, Solidarität und Gerechtigkeit in rassistischen Gesellschaftsstrukturen geltend macht und einen institutionellen, sozialen und politischen Wandel maßgeblich vorantreibt. Obgleich diese Kämpfe, Wissensbestände und Forderungen seit Jahrzehnten deutlich und öffentlich zum Ausdruck gebracht werden, bedarf es in Deutschland noch immer grundlegender Debatten um die Definition von Rassismus als historisch gewachsenes, Gesellschaften strukturierendes, Ideologien und Menschen in Überlegen- und Unterlegenheitsverhältnisse stellendes System. Ein System, das sichtbare, körperliche und/oder (fantasierte) kulturelle Merkmale mit Bedeutungen auflädt, hierarchisiert und dadurch die gerechte Verteilung symbolischer und materieller Ressourcen erschwert, wenn nicht verunmöglicht. Die Kämpfe entlang rechten Terrors sind daher auch immer als antirassistische Kämpfe um Aufklärung, Gerechtigkeit, Solidarität, Selbstermächtigung, Selbstorganisation und Widerstand zu verstehen. Das systematische Vergessenmachen kann nur durch aktivistisches Erinnern und solidarische Kämpfe überwunden werden. Eine rassistisch strukturierte Gesellschaft erfordert *aktiven* Antirassismus, will sie die eigenen demokratischen Versprechen einlösen.

Rassismus und rechter Terror bedeuten für rassifizierte Menschen in der Hierarchisierung von Leben den frühzeitigen Tod. Aber auch politische (antirassistische) Gegner*innen, die nicht von Rassismus betroffen sind, werden ermordet. Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Feindlichkeit gegen nicht binäre Menschen, Ableismus, Misogynie und die Ablehnung des liberalen

Staates und seiner Institutionen gehören zum Motivbündel des Rechtsterrorismus. Als Mittel politischer Auseinandersetzungen ist der Terrorismus von rechts eine spezifische Form gewaltsamer Machtausübung aus der Mehrheitsgesellschaft mit dem Ziel, rassistische Machtasymmetrien durchzusetzen und zu verfestigen. Seine Vollstrecker*innen sind häufig davon überzeugt, im Interesse einer größeren schweigenden weißen Mehrheit oder einer metaphysischen Mission zu handeln. Für diese Überzeugung finden sie vor allem in rassistischen und migrationsfeindlichen Einstellungen und Äußerungen in der Gesellschaft, in Behörden, in Medien und in der Politik Bestätigung. Rassistische Gewalt ist alltäglich – Botschaften der Einschüchterungen beginnen nicht erst dort, wo es zu Todesopfern kommt, sondern bereits bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, beim Spaziergang durch einen Park, auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule. Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berichten, dass im Durchschnitt in Deutschland jeden Tag fünf Menschen zum Opfer von rechter Gewalt werden. Selbst diese Werte spiegeln nur die Fälle wider, die den Beratungsstellen bekannt werden. Das Dunkelfeld ist viel größer.

Wesen und Entgrenzung rechten Terrors

Die Rechtsextremen radikalisierten stets Impulse und Narrative der Mitte. In der Jenaer Bombenwerkstatt der NSU-Terrorist*innen wurden 1998 neben rechtsextremer Propaganda und Kontaktlisten samt den Namen späterer Unterstützer, die über Jahre nicht ausgewertet wurden, auch Unterschriftenlisten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gefunden, gegen die damals CDU/CSU eine Kampagne durchführte. Diese demokratische Kampagne verfolgte wie die rechtsextreme Gewalt das Ziel der Aufrechterhaltung weißer Vorherrschaft. Die Mittel sind verschieden, doch der Ausschluss von markierten Bevölkerungsgruppen einte sie. Statt Rassismus und rechten Terror in Deutschland als die größte Gefahr für die innere Sicherheit zu erklären, die sie mindestens seit 1990 ist, bläht die Innenpolitik noch immer Gefahren durch linke und islamistische Gewalt unverhältnismäßig auf. Während staatliche Behörden, Medien und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel die Anschläge in Hanau als »Verbrechen aus Hass, aus rassistischem Hass« bezeichneten, blieb eine solch deutliche Benennung und Einordnung in vielen anderen Fällen bisher aus.

In München explodierte nicht nur die Oktoberfestbombe 1980. Am 29. August 2001 wurde Habil Kılıç durch den NSU getötet. Und am fünften Jahrestag der Anschläge von Oslo und Utøya in Norwegen, am 22. Juli 2016, starben Sevda Dağ, Chousein Daitzik, Selçuk Kılıç, Giuliano Josef Kollmann, Can Leyla, Janos Roberto Rafael, Armela Sehashi, Sabine Sulaj und Dijamant Zaber-gaja durch die Schüsse eines rechten Attentäters. Doch erst im Herbst 2019 stufte auch die bayerische Polizei den Anschlag als rechtsextrem ein – und folgte damit Forderungen von antirassistischen Initiativen und Betroffenenorganisationen sowie wissenschaftlichen Einordnungen. Bis dahin wurde der rassistische Anschlag öffentlich primär als Amoklauf diskutiert. Die rassistischen und rechtsextremen Hintergründe des Täters und des Tatmotives, so die Polizeibehörden, seien im Motivbündel weniger wichtig als dessen frühere Mobbingverfahren. Dabei waren zahlreiche rechtsextreme Äußerungen des Attentäters dokumentiert, der auch im Internet u.a. mit einem jungen Rechtsextremisten aus den USA in Kontakt stand, der 2017 in New Mexico zwei hispanoamerikanische Schüler tötete. Erst im Herbst 2020 wurde die Inschrift des Münchner Gedenk-Ensembles »Für Euch« nach dem Entwurf der Künstlerin Elke Härtel geändert: Wo zunächst vom »Amoklauf« die Rede war, steht nun: »In Erinnerung an alle Opfer des rassistischen Attentats vom 22.7.2016«.

Die strukturellen und vor allem ideologischen Netze des Rechtsterrorismus ziehen sich durch das ganze Land und über den Globus. Aus dem Gefängnis schickte der norwegische Rechtsterrorist der in Jena aufgewachsenen NSU-Terroristin Zschäpe 2012 einen Brief, der mit den Worten »Meine liebe Schwester Beate« begann. Er bezeichnete sich und seine Adressatin als »Märtyrer der konservativen Revolution«. Als »konservative Revolution« verstanden sich auch die Wegbereiter des Nationalsozialismus, in deren Tradition die heutige selbst ernannte »Neue Rechte« steht (vgl. Quent 2021). Auch der Rechtsterrorist, der 2015 in Köln die Oberbürgermeisterkandidatin Reker mit einem Messer schwer verletzte, wollte nicht als Nazi, sondern als »wertkonservativer Rebell« gelten. Die Rechte wähnt sich in einem existenziellen Abwehrkampf. In dieser ideologisch konstruierten Notwehrsituation gegen Einwanderung, Emanzipation und Globalisierung sehen sich nicht nur Neonazis, sondern allerlei als »besorgte Bürger« verharmloste Rassist*innen, die sich zu Widerstand und Gewalt berechtigt sehen. Rechtsintellektuelle schwadronieren einen Vorbürgerkrieg herbei und träumen vom Befreiungsschlag einer völkischen-nationalistischen Reconquista, bevor die Vorherrschaft der weißen Männer Geschichte ist. Der neue Terror von rechts ist die Gewalt der

»konservativen Revolution«. Deren Sympathisant*innen sammeln sich hierzulande vor allem um und in der AfD, aber auch im Umfeld der CDU-Gruppe »Werte Union«. Auch der CSU-Politiker Alexander Dobrindt forderte noch 2018 eine »konservative Revolution«. Es ist unwahrscheinlich, dass der studierte Soziologe Dobrindt nicht um die ideengeschichtlichen Wurzeln und modernen Auswüchse der antidemokratischen Semantik wusste, deren rassistischer Kulturpessimismus der Barbarei der Nationalsozialisten die Tore öffneten.

Am 15. März 2019 tötete ein rassistischer Attentäter bei einem Angriff auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen – wie schon andere orientierte sich auch dieser Täter an den Anschlägen von Oslo und Utøya und war motiviert von der rassistischen Ideologie des »großen Austauschs« – sein Manifest trägt den Titel »Great Replacement« –, die von der extremen neuen Rechten weltweit vertreten und verbreitet wird. Ein Zentrum moderner rechtsextremer Theorie- und Strategieentwicklung und der Verbreitung intellektuell verbrämter Hassschriften ist das Institut für Staatspolitik (IfS) in Sachsen-Anhalt. Dessen Chefideologe Götz Kubitschek führt dort das, wie er es nennt, »konservativ revolutionäre Milieu« zusammen. Hier werden u.a. rechtsextreme Schriften verlegt, beispielsweise über den »großen Austausch«, und männliche Gewalt glorifiziert: 2017 trat dort unter dem Titel »Violence is golden« der amerikanische Maskulinist Jack Donovan auf und plädierte »für eine neue Kultur der Männlichkeit sowie die Rückkehr zum Stammesdenken [und] über ein gesundes Verhältnis zum eigenen Gewaltpotential als Gegenbild zu einer erschlaferten Konsumgesellschaft«, wie das IfS zusammenfasst. Videos zeigen, dass im IfS auch Personen aus der Jenner Neonaziszene um den im NSU-Prozess verurteilten Rechtsterroristen Ralf Wohlleben mit dem AfD-Politiker Björn Höcke zusammen kamen.¹ Später trat auch die vermeintlich liberale AfD-Chefin Alice Weidel im rechtsextremen IfS auf. 40 Kilometer von diesem entfernt ermordete ein antisemitisch, antifeministisch und rassistisch motivierter Angreifer am 9. Oktober 2019 in Halle zwei Menschen, der den Attentäter in Christchurch als Vorbild beschrieb.

Der NSU radikalisierte sich im globalen Blood & Honour-Netzwerk, dessen Strukturen fortbestehen, obwohl es in Deutschland bereits im Jahr 2000

1 <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2020/06/06/nico-schneider-wohlleben-politischer-ziehsohn-zwischen-normannia-und-schnellroda/>.

verboten wurde, und dessen Anhänger*innen sich noch immer hinter der Parole »Trotz Verbot nicht tot« versammeln. Die Verbindungen der Wehrsportgruppe Hoffmann, zu welcher der Oktoberfest-Attentäter Kontakte hatte, und der Deutschen Aktionsgruppen, die 1980 in Westdeutschland u.a. Bombenanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete verübten, reichen bis in den bis heute nicht aufgeklärten oder gar zerschlagenen NSU-Komplex. Dessen bundesweite und internationale Netzwerke ziehen sich auch durch Hessen, wo im Juni 2019 Walter Lübcke, ein Regierungspolitiker der CDU, von einem Neonazi erschossen wurde. Auch in Hanau suchte der Täter seine Opfer und die zwei Tatorte nach gesellschaftlichen, polizeilich, politisch und medial konstruierten Bedrohungszuschreibungen aus: ein »Späti«-Kiosk und eine »Shisha«-Bar – Räume, die immer wieder kriminalisiert werden, anstatt in ihnen lebendige Orte gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sehen.

Keine Einzelfälle: Struktureller Rassismus und die Spuren rechten Terrors

Die genannten Fälle stellen nicht lediglich »Einzelfälle« dar. Es hat Systemcharakter, dass die Betroffenen und Angehörigen rassistischer Gewalt von Behörden nicht nur nicht unterstützt werden, sondern von diesen erneut geschädigt und kriminalisiert werden. Das zeigt sich beispielhaft bei den jahrelangen Ermittlungen der Polizei *gegen* die Angehörigen der Opfer des rassistischen NSU-Terrors. So wurde der rassistische Terror des NSU durch das Handeln von Behörden und die Sprache in den Medien noch verstärkt. Anstatt den Perspektiven der Angehörigen und Betroffenen Platz einzuräumen, führte die rassistische Polizeiarbeit und Berichterstattung zu erneuten Viktimisierungen der Angehörigen, und dazu, dass die rassistische Unterdrückungskampagne des NSU nicht nur nicht beendet, sondern verlängert, gar verstärkt wurde. Die in diesem Zusammenhang schleppende bis bewusst verschleierte Aufklärung und Aufarbeitung ist von drei (Re)Traumatisierungen der Opferangehörigen begleitet: Nach den direkten psychischen und materiellen Folgen der Taten selbst wurden gleich mehrere Angehörige direkt verschiedenen Verdächtigungen im Zusammenhang mit ihrem persönlichen Verlust bis hin zur Unterstellung einer Mittäterschaft ausgesetzt. Doch damit nicht genug: Auch nach dem Öffentlichwerden des NSU-Komplexes im November 2011 wurde zwar zunächst seitens einiger Spitzenpolitiker*innen eine »lückenlose Aufklärung« zugesagt, doch etliche Jahre, Untersuchungsausschüsse und

einen strafrechtlichen Prozess vor dem Oberlandesgericht München später muss konstatiert werden, dass viele der Hoffnungen der Opferangehörigen nicht erfüllt wurden. Insbesondere Fragen nach der Mittäterschaft des Netzwerks hinter dem NSU sowie diverse Verflechtungen mit dem Verfassungsschutz bleiben im Dunkeln und so auch weiterhin Quelle von Spekulationen. Schwerer noch wiegt die anhaltende Praxis des blinden Flecks, der wiederholte Ausdruck eines strukturellen Rassismus, nicht nur der Ermittlungsbehörden, sondern auch der Medien, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Jurisprudenz: So war es offensichtlich dem Münchner Gericht bis zuletzt nicht möglich oder nicht wichtig genug, während des Prozesses eine klare Unterscheidung zwischen Begriffen wie Islam und Islamismus oder die korrekte Aussprache der Familiennamen der Opferangehörigen durchzusetzen.

Der NSU ist kein Einzelfall. Im Januar 1996 starben in Lübeck zehn Menschen nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für geflüchtete Menschen. Obwohl noch vor Ort Neonazis mit Brandspuren vorläufig festgenommen wurden und einer die Tat sogar gestand, ermittelten Polizei und Justiz in der Folge gegen einen Bewohner der Unterkunft, der erst drei Jahre später von allen Vorwürfen freigesprochen wurde. Bis heute wurde niemand für den Tod von zehn Menschen zur Verantwortung gezogen. Die Tat wird auch nach 25 Jahren offiziell nicht als politisch motiviert anerkannt. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die Leugnung von Rassismus wird noch verstärkt durch ein gesetzliches Regelungsdefizit: Es obliegt der Auslegung von einzelnen Beamten*innen und Jurist*innen sowie der medialen Strahlweite deutungsmächtiger Akteur*innen, ob Rassismus als Tatmotiv verstanden und anerkannt wird oder nicht. Dieses teilweise willkürliche Vorgehen wiederum untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat insbesondere bei jenen Menschen, die aus rassistischen Gründen zu Opfern gemacht werden und dann noch die Erfahrung machen müssen, dass staatliche Institutionen ihre Schädigungen nicht anerkennen und die umfassende Aufklärung der Gewalt und rechter Netzwerke verhindern.

Rechte Attentäter*innen zerstören mit ihren Gewaltakten weit mehr als Menschenleben. Sie zerstören auch die Leben der Überlebenden und Angehörigen. Sie verbreiten Angst und Schrecken vor allem bei von Rassismus und Prekarisierung betroffenen Bevölkerungsgruppen. Sie markieren sie, streuen Misstrauen, Zweifel und Vorbehalte, vertiefen gesellschaftliche Spaltungslinien und vertreiben Menschen, um die weiße Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Diese Herrschaft ist durchdrungen von Macht, die in der physischen Gewalt von rechts außen am deutlichsten sichtbar wird. Die

Gewalt der Rechtsterrorist*innen ist dabei zugleich Symptom und Verstärker gewaltvoller Strukturen und Verhältnisse. Der (Nicht-)Umgang mit rechtem Terror und rassistischer Gewalt durch Behörden, Medien, Politik, Polizei, Justiz, Kultur, Stadt- und Zivilgesellschaften sowie Wissenschaft belegt die rassistischen Macht- und Exklusionsverhältnisse, in denen es möglich ist, das Leid der betroffenen Menschen nicht als Angriff auf die gesamte Gesellschaft als solche zu verstehen.

Veränderung der Repräsentationsverhältnisse und intersektionale Kämpfe für Gerechtigkeit

Doch die jüngere Geschichte des rechten Terrors ist auch eine Geschichte der symbolischen und materiellen Kämpfe emanzipatorischer, antifaschistischer und antirassistischer Bewegungen sowie kritischer journalistischer, kultureller, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit(en), die die Fehler und Lücken in den offiziellen und dominanten Narrativen immer wieder herausarbeiten und ihnen mit den Perspektiven der von Rassismus Betroffenen entgegenwirken – häufig unter persönlichem Risiko, weil sie dabei oft selbst zu Objekten von sozialer und staatlicher Repression gemacht werden. Obwohl ebenfalls umkämpft, markiert der Anschlag in Hanau einen Wendepunkt im offiziellen Umgang mit Rassismus bzw. des Nichtumgangs durch Verdrängung und Verleugnung, der die Duldung und Reproduktion von Rassismus fördert. So führten jüngst die materiellen Kämpfe der kurz nach dem Anschlag gemeinsam von Überlebenden und Angehörigen begründeten Initiative 19. Februar Hanau und ihrer politischen Verbündeten zur Forderung in Hessen einen Rechtsterrorismus-Opferfonds wie in Thüringen, Berlin und Bayern einzurichten, der die Opfer finanziell unterstützt.

Auf die symbolischen Kämpfe um Selbstrepräsentation, die als antirassistische Interventionen in die bestehenden, hegemonialen Repräsentationspraktiken eingreifen, verweisen die Bilder und Namen der neun Opfer, die im Fokus der unmittelbar realisierten erinnerungskulturellen Arbeiten stehen: Zum einen bei der Initiative selbst, zum anderen etwa bei dem Mural des *Kollektiv ohne Namen*, das sich unter der Friedensbrücke in Frankfurt am Main befindet. Darüber hinaus fokussierte die Medienberichterstattung am ersten Jahrestag des Anschlags im Februar 2021 die Perspektiven der Überlebenden und Angehörigen ebenso wie die Biografien der Opfer. Sowohl im

medialen wie auch im politischen Diskurs wurde zudem deutlicher als sonst üblich Rassismus als Tatmotiv benannt.

Des Weiteren veranschaulicht der Ausspruch #saytheirnames, den die Hanauer Initiative 19. Februar adaptierte², dass seit langer Zeit bestehende antirassistische Organisation erweiterte lokale und in globale Kämpfe um Gerechtigkeit eingebettete, communityübergreifende Bündnisse und Allianzen in Deutschland hervorbringt. Diese sind für den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, für intersektionale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle auf lange Sicht notwendig.

Dabei zeichnet sich ab, dass eine intersektionale, solidarische Perspektive immer dringlicher wird, da sie nicht auf einseitige, eindimensionale und temporäre Unterstützung der von Rassismus betroffenen Menschen basiert, sondern dazu aufruft, gegenseitige Solidarität als tatsächliche, zutiefst persönliche und politische Verpflichtung und Verantwortungsübernahme zu leben. Daher ist es notwendig, die Verschränkungen und Wechselwirkungen zwischen Geschlecht, Rasse, Ethnizität, Klasse, Alter, Ability und Sexualität ebenso wie die damit verbundenen Dehumanisierungs- und Unterdrückungserfahrungen in antirassistischen und antifaschistischen Organisationsnetzwerken deutlich zu adressieren, um aus dieser Haltung heraus für ein würdevolles, sicheres Leben, Gleichheit und Gerechtigkeit aller eintreten zu können.

Gedenken, Erinnern und Mahnen in der Einwanderungsgesellschaft

Mit diesen gesellschaftlichen Transformationsprozessen verbunden lässt sich über die vergangenen zehn Jahre auch beobachten, dass ein grundsätzlich gewandeltes Verständnis von Gedenkkultur und Erinnerungsarbeit an Bedeutung gewinnt (vgl. Kermani 2017; Güleç 2018). Lokale wie überregionale Akteur*innen setzen sich für eine neue Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland und für Handlungs- und Entscheidungsmacht der von Rassismus Betroffenen ein. Sie fordern und fördern antirassistische und dekoloniale Perspektiven auf Erinnerungskultur, unterstützen

2 Der Ausspruch geht auf die 2014 initiierte Kampagne #SayHerName der US-amerikanischen Schwarzen, intersektional-feministischen Bewegung zurück, die sich gegen rassistische Polizeigewalt gegen Schwarze Frauen einsetzt; seit 2015 adressiert dessen Erweiterung zu #saytheirnames alle von der Polizei getöteten Schwarzen Menschen (vgl. <https://www.aapf.org/sayhername> [20.05.2021]).

und kämpfen erfolgreich für die Abschaffung kolonialrassistischer Objekte und Symbole aus dem öffentlichen Raum sowie für die Rücküberführung von kolonialen Raubgütern in die Herkunftsländer.

Dieser Prozess der Weiterentwicklung und Infragestellung bisheriger gedenkkultureller Praktiken ruft alle Beteiligten, d.h. staatliche, aktivistische und künstlerische Akteur*innen, dazu auf, etablierte und zumeist staatlich bestimmte Rahmenbedingungen, Rituale und Protokolle zu verändern und partizipative Projekte zuzulassen, neu zu entwickeln, auf Augenhöhe miteinander auszuhandeln und zu verwirklichen. Zwar unterlief die gedenkkulturelle Praxis in Deutschland im Laufe des 20. Jahrhundert bereits mehrere signifikante Paradigmenwechsel: Kurz gefasst lässt sich von einer Bewegung der stetigen Demokratisierung und zivilgesellschaftlichen Aneignung gedenkkultureller Praktiken sprechen – vom Reiterstandbild der homogenen Machtinszenierung über Mahnmale und Memorials bis hin zu dezentralen Denkmälern und Counter-Monuments sowie Kommunikationsguerilla oder partizipatorischer Formate. Dennoch wurde dabei erst in den vergangenen Jahren auf kulturpolitischer Ebene immer deutlicher, dass die Repräsentationsmittel und -verhältnisse den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen – nicht nur nationalen und internationalen Maßstäben von Gedenk- und Erinnerungskulturen, sondern auch deren Verwobenheiten mit der hiesigen Einwanderungsgesellschaft der Gegenwart und Zukunft – gerecht werden müssen. Eine Entwicklung, die auch von Künstler*innen anderer Genres in Musik, Theater, Literatur oder Film zunehmend nachvollzogen wird und Fragen an den Kulturbetrieb aufwirft: Welche inhaltliche Funktion erfüllt die jeweilige Form des Gedenkens/Erinnerns? Welche Gemeinschaft konstituiert sich anhand welcher Formen bzw. wer fühlt sich davon angesprochen und repräsentiert und wer nicht? Welchen Beitrag leisten künstlerische und kulturelle Interventionen auf die Entwicklung der öffentlichen Debatte um Einwanderung, Rassismus und Kolonialismus?

Die im vorliegenden Buch versammelten Beiträge und Diskussionen zu Rassismus, rechtem Terror und Erinnerungsarbeit verdeutlichen, dass ein im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mühsam erarbeitetes bundesrepublikanisches Selbstverständnis der rückhaltlosen Aufarbeitung eigener Vergangenheit mit dem Ziel des Lerntransfers in die gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft nur so lange staatsrational bleibt, so lange es als ein abgeschlossen dargestelltes Kapitel der vergangenen NS-Geschichte behandelt wird. Dabei wurde jedoch oft vergessen, dass die Diskussionen rund um die Aufarbeitung der Shoa in den ersten Jahrzehnten nach dem Nationalsozialismus schmerz-

haft und alles andere als konsensual verliefen. Aus diesen Erfahrungen heraus argumentierend, ist es notwendig, die gegenwärtigen Debatten um die Kontinuitäten des Kolonialismus, Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus, die die hiesige Gesellschaft und Kultur prägen, in der Entwicklung entsprechender Gedenk- und Erinnerungspraktiken reflektiert zu finden. Die besonderen Herausforderungen im Feld antirassistischer und dekolonialer Auseinandersetzungen um Erinnerung und Gedenken liegen dabei in der Schaffung von Räumen und Ressourcen sowie den Fähigkeiten der Protagonist*innen unterschiedlicher Akteursgruppen, diese oft schmerzhaften Aushandlungsprozesse *mit-* und nicht *übereinander* hinweg zu verhandeln.

20 Jahre nach den ersten Morden des NSU und 10 Jahre nach dem Öffentlich-Werden des NSU-Komplexes steht die Veröffentlichung dieses Buches im Kontext des ersten gleichzeitigen, dezentralen, bundesweiten Versuchs einer gemeinsamen Gedenkkultur sowohl staatlicher Stellen – 14 Stadt- und Staatstheatern und drei Kulturbetrieben in allen direkt vom NSU betroffenen Städten – als auch der starken Anbindung an die Zivilgesellschaft: Unter der thematischen Überschrift »Kein Schlussstrich!« hat sich ein breites Bündnis und Netzwerk gebildet, das an der Schnittstelle von Kunst und Politik operiert und einen neuen Aufbruch der multilateralen Gedenkkultur zu initiieren sucht. Mit einer Reihe von Theaterinszenierungen, einem gemeinsamen Musikprojekt, einer wandernden Ausstellung, einem breiten Diskurs- und Rahmenprogramm sowie verschiedenen Formaten der politischen und kulturellen Bildung wird der Versuch unternommen, im Kernzeitraum vom 21. Oktober bis zum 7. November 2021 die wichtigsten öffentlichen Räume der vom NSU betroffenen Städte in einen kreativen Ausnahmezustand zu versetzen und Publikumsschichten zusammenzubringen, die sonst selten zusammenkommen. Das Ziel besteht in nicht mehr oder weniger als dem gemeinschaftlichen Inne-Halten, wie es Walter Benjamin kurz vor seinem Tod als Idealzustand einer gelingenden Gedenkkultur beschrieben hat: im Ein-Gedenken der Opfer als Opfer verstehen zu lernen, welche Werte der Gemeinschaft verletzt wurden und in Zukunft mit aller gebotenen Kraft verteidigt werden müssen (vgl. Benjamin 1980).

Das Erscheinungsdatum des vorliegenden Buchs wurde so gewählt, dass es laufende und kommende Debatten rund um die Veranstaltungen direkt und konkret begleiten kann; es ist getragen von dem ambitionierten Anspruch, in diesem spannungsreichen und hochkomplexen Themenfeld unterschiedliche Perspektiven und Stimmen im Sinne eines offenen und

fairen Dialogs zusammenzubringen. Dieser ist letztlich die einzig mögliche Voraussetzung für das Gelingen einer aus der Vergangenheit lernenden und für die Gegenwart und Zukunft mahnenden Aufarbeitung.

Zu diesem Buch

Ein Buch zu Rassismus, rechtem Terror und Erinnerung gemeinsam herauszugeben bedeutet, gesamtgesellschaftliche Aushandlungen von Solidarität, gesellschaftlichem Vertrauen, gemeinsamen Forderungen und Zielen wie auch der Entwicklung von Bündnissen und Koalitionen als nie konflikt-, widerspruchs- oder gar machtfrei anzuerkennen. So vereint dieses Buch unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen, Erfahrungen und Perspektiven, mit denen die hier zusammengebrachten Stimmen an den materiellen und symbolischen Kämpfen entlang rechten Terrors teilnehmen. In der Gemeinsamkeit, das Unhinterfragte des rassistischen Machtkomplexes zu verdeutlichen und aufzulösen, sind Bündnisse möglich, in denen die Differenzen und die Heterogenität der Akteur*innen im Feld antirassistischer und antifaschistischer Arbeit an Konturen verlieren oder gewinnen können. Mit dieser Publikation hoffen wir, einige dieser Konturen sichtbar zu machen. Wie herausfordernd es ist, emanzipatorischen und rassismuskritischen Ansprüchen gerecht zu werden, bilden nicht nur die Inhalte des Buches ab. Von Jena, der Stadt, aus der die Täter*innen des NSU-Komplexes kommen, ist die Initiative für dieses Buch ausgegangen – damit es keinen Schlussstrich gibt, sondern Weiterentwicklungen, Perspektiverweiterungen, Sichtbarkeit und Gerechtigkeit. Auch der Entstehungsprozess war für uns als Herausgebende ein Weg des ständigen Lernens; nicht nur durch die inhaltlichen Beiträge der Gesprächspartner*innen und Autor*innen, sondern auch durch den Prozess des Zusammenkommens und der damit erforderlichen Konflikte und Reflexionen.

Ziel des Buches ist es, Forschungs- und Praxisansätze in einen Austausch zu bringen. Das Risiko war groß, an der Komplexität des Gegenstandes und des Buchprojektes selbst zu scheitern. Besonders anspruchsvoll dabei ist die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Leerstellen, Erfahrungen, Prägnungen, Paradigmen, Privilegien und Vorurteilen. Schon so manches Projekt scheiterte an vermeintlicher oder tatsächlicher Unvereinbarkeit von Perspektiven und an der schier überfordernden Herausforderung der Notwendigkeit ständiger Reflexivität. Notwendigerweise können in einer Publikation

wie dem vorliegenden Band nicht alle Aspekte, Diagnosen, Facetten und Perspektiven berücksichtigt werden. Während die Vermeidung von Konflikten und Widersprüchen ein Merkmal der Krisenhaftigkeit von Gesellschaften darstellt, ist die persönliche wie auch kollektive Thematisierung schmerzhafter Erfahrungen in durch Rassismus strukturierten Verhältnissen ein notwendiger, wenn auch schwer zu gehender Prozess. Wir hoffen, dass dieses Buch diesem Prozess überwiegend gerecht wird. Es ist Beitrag und Quelle von Wegen des Suchens und Verstehenwollens – trotz der Tatsache elementar unterschiedlicher Erfahrungs- und Wissensbestände und -chancen –, auf den sich nicht nur die Herausgebenden, Gesprächspartner*innen und Autor*innen, sondern auch immer größere Teile der Gesellschaft begeben haben.

Wir danken allen, die sich mit uns darauf eingelassen haben: den beteiligten Gesprächspartner*innen und Autor*innen, Lektor*innen, Transkriptor*innen und Übersetzer*innen, dem transcript Verlag sowie unseren Förderern, der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit ihrem Förderprogramm *Demokratie Leben!*. Unser besonderer Dank richtet sich für das finale Lektorat der gesamten Publikation an Susanne Haldrich sowie für die Projektkoordination an Dr. Juliane Zellner, ohne die dieses Buch nicht möglich geworden wäre. Unser herzlicher Dank gilt dem *Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund* und der *Initiative 19. Februar in Hanau*, die das Buchprojekt vertrauensvoll unterstützt haben.

Frankfurt a.M. und Jena, im Juni 2021
*Die Herausgeber*innen*

Literatur

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2021): https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2021/20210511_Jahresbericht_2020.html [13.05.2021].
- Benjamin, Walter/Scholem, Gershom (1980): Briefwechsel 1933-1940, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gülec, Ayse (2018): The Society of Friends of Halit. Migrantisch situiertes Wissen und affirmative Sabotage. documenta studien #1, Kassel: Eigenverlag Kunsthochschule Kassel.
- Kermani, Navid (2017): Die Zukunft der Erinnerung: Auschwitz morgen, in: FAZ vom 07.07.2017.
- Quent, Matthias (2021): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. Aktualisierte und erweiterte Taschenbuchauflage, München: Piper.
- Schneider, Heiko (2020): <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/ein-jahr-nach-anschlag-von-waechtersbach-bei-bilal-m-sind-angst-und-schmerz-en-geblieben,waechtersbach-ein-jahr-100.html> [13.05.2021].

